

SEPP



sozialistisch-emanzipatorisches positions-papier

14. April in Deggendorf: Bezirkskonferenz 2007



Liebe Genossinnen und Genossen,



rechtzeitig zur BeKo'07 liegt euch die neue Ausgabe des SEPP vor. Die Zeit seit unserer Bezirkskonferenz in Zwiesel im letzten Jahr ist schnell vergangen – und auch wenn uns das politische Tagesgeschäft einiges an Durchhaltevermögen abverlangt hat, kann der niederbayerische Juso-Bezirksvorstand auf eine erfolgreiche Amtszeit zurückblicken.

Getreu dem Motto "Harte Zeiten brauchen starke Jusos" fand – wie schon in den zwei Jahren zuvor – kontinuierlich politische Arbeit auf hohem Niveau statt: Mehrere sehr gute und auch gut besuchte Seminare wurden durchgeführt, auch die Arbeitskreise des Bezirksverbands haben gute Impulse für unsere Arbeit geliefert, die Zusammenarbeit sowohl mit der Landesebene als auch mit den Kreisverbänden und Unterbezirken läuft weitestgehend gut und reibungslos, unsere Öffentlichkeitsarbeit kann sich sehen lassen

und auch innerhalb der Mutterpartei SPD haben wir einen guten Stand. Hervorzuheben ist nicht zuletzt unser Engagement gegen Rechtsextremismus und in diesem Zusammenhang vor allem die gelungene Kundgebung am Aschermittwoch in Schaufling.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich im Namen des gesamten Juso-Bezirksvorstands hiermit bei allen Genossinnen und Genossen, die in den vergangenen Monaten unsere Seminare und Veranstaltungen besucht haben oder uns auf andere Weise unterstützt haben, herzlich zu bedanken. Die Jusos in der NiederbayernSPD brauchen eure Unterstützung, eure Kritik, euer Engagement, eure Ideen.

Gemeinsam mit meinem teils neuen, teils alt bewährten Team freue mich als Bezirksvorsitzender schon jetzt auf die vielen neuen Aufgaben, die in Zukunft anstehen.

**Mit sozialistischen Grüßen,
Florian Seidl, Bezirksvorsitzender**

Jusos besichtigen Kernkraftwerke Isar



Die Juso-Gruppe mit Gruppenleiter Toni Rohrmeier (6. v. l.) vor dem Stromgenerator im AKW Isar 2.

Bei den Jusos Niederbayern drehte sich am Samstag, den 24.2.2007 alles rund ums Thema Energie. Der Arbeitskreis Energiepolitik und Umweltschutz lud zu einem Tagesseminar inklusive Besichtigung des Kernkraftwerks Isar ein. 15 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten aus ganz Bayern trafen sich in Niederaichbach, um sich über die Nutzung von Kernenergie und Erneuerbaren Energien zu informieren. In Arbeitsgruppen wurden Texte über Vor- und Nachteile der Nutzung von Kernenergie bearbeitet, die energiepolitischen Positionen der Parteien in Deutschland dargestellt und ein Vergleich über die Atomenergienutzung in ausgewählten europäischen Ländern angefertigt.

Als Vorteile der Kernkraft wurden unter anderem der geringe CO₂-Ausstoß, die Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke und deren kostengünstige Energieversorgung genannt. Als Nachteile gelten die ungelöste Frage der Endlagerung des hochradioaktiven Atommülls, die Importabhängigkeit Deutschlands, die Knappheit der Uranreserven, die arbeitsplatzintensive Branche der Erneuerbaren Energien, und nicht zuletzt das Super-Gaurisiko. Die Parteien sind sich über das weitere Vorgehen uneinig: während SPD und Grüne den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen haben fordern CDU/CSU und FDP den Wiedereinstieg. Ausstiegsbeschlüsse gibt es neben Deutschland in sechs anderen Staaten Europas, zehn Länder wollen die Atomkraft weiterhin nutzen und ein Land hat den Ausstieg bereits vollzogen (Italien). 16 europäische Staaten haben keine eigenen Atomkraftwerke.

Nach der Präsentation dieser Ergebnisse führen die SeminarteilnehmerInnen ins Kernkraftwerk Isar um sich vor Ort Funktionsweise und Technik der Atomkraftwerke erklären zu lassen. Gruppenbetreuer Toni Rohrmeier empfing die Jugendlichen und besichtigte mit ihnen das Maschinenhaus und den Kühlturm der

Anlage Block 2, führte einen Film über das Kernkraftwerk vor und verschaffte durch eine Live-Schaltung einen Blick in die Warte des Kraftwerks. Nach einer stärkenden Brotzeit im E.ON Informationszentrum beantwortete er alle Fragen und diskutierte mit den bayrischen JungsozialistInnen. Die Seminarleiterinnen Julia Niemann und Antonia Biller freuten sich über das große Interesse der TeilnehmerInnen, die aus verschiedensten Altersgruppen und Regionen Bayerns stammten. „Es wird endlich Zeit, den Zeichen der Zeit entsprechend zu handeln und die Energiewende einzuleiten“ so die Leiterinnen.

Toni Biller & Julia Niemann,
stellv. Juso-Bezirksvorsitzende

Wahlen bei Dingolfinger Kreis- Jusos | Sebastian Gruber bleibt Vorsitzender



Sebastian Gruber (Mitte) mit SPD-Kreisvorsitzendem Udo Egleder (daneben links) und stellv. Kreisvorsitzendem Bernd Vilsmeier (daneben rechts)

Zur Juso-Kreisversammlung in Dingolfing konnte der wiedergewählte Kreisvorsitzende Sebastian Gruber neben zahlreichen Juso- und SPD-Mitgliedern auch Landrat Heinrich Trapp, den Bundestagsabgeordneten Florian Pronold, den SPD-Kreisvorsitzenden Udo Egleder sowie den Juso Bezirksvorsitzenden Florian Seidl begrüßen. Bei den Neuwahlen wurde Sebastian Gruber mit einem Traumergebnis als Vorsitzender bestätigt: Er erhielt alle abgegebenen Stimmen.

Unterstützt wird Gruber künftig von den Stellvertretern Julia Egleder, Florian Huber, Cevrije Aker, Daniel Lang, Evi Grint-

schuk, Florian Schneider, Ilayda Arslan, Michael Butz und Büllra Akyüz. So herrscht in der neuen Kreisvorstandschafft, bestehend aus fünf Frauen und fünf Männern, ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis. Dies ist für eine politische Organisation die absolute Ausnahme. Keinerlei Probleme hatte der Juso Bezirksvorsitzende Florian Seidl mit der Stimmenauszählung. Alle Vorstände wurden ohne Gegenstimme gewählt.

Nach den Grußworten, wurde auf Wunsch der Juso-Kreisvorstandschafft kein trockenes Referat abgehalten, sondern eine lockere Gesprächs- und Diskussionsrunde zwischen den Jusos und den SPD-Abgeordneten und Mandatsträgern aus Kommunal-, Landtags- und Bundespolitik geführt. „Es ist nicht unsere Art, dass wir Jusos alles als gottgegeben hinnehmen und den Zwölfingerdarm unserer Politiker erkunden – vielmehr müssen wir uns als Motor in der SPD verstehen, als mündige Bürger, die auch kritisch hinterfragen! Vieles, was derzeit von der Großen Koalition beschlossen wird und beschlossen wurde, entspricht nicht unseren Vorstellungen. Dennoch sollten wir nicht nur sehen, was wir nicht durchgesetzt haben, sondern auch das, was wir verhindert haben. Wäre die SPD nicht an der Regierung beteiligt und könnte sich die Union mit ihrer arbeitnehmerfeindlichen Politik austoben, könnten wir die meisten Arbeitnehmerrechte ins Geschichtsbuch schreiben! Wir Jusos kämpfen mit und in der SPD für jungsozialistische Politik!“ Mit diesen Worten leitete Gruber die Diskussionsrunde ein.

So war nun ausreichend Zeit für die Jusos gegeben, den Bundestagsabgeordneten Florian Pronold, Udo Egleder und Landrat Heinrich Trapp zu allen Politikfeldern zu befragen. Neben allgemeinen Debatten wie dem Schulsystem in Bayern, wurden auch ganz konkrete kommunalpolitische Themen, wie zum Beispiel der Straßenbau im Landkreis angesprochen. So wurden die Anwesenden von ihrem Landrat

unter anderem über den dritten Autobahnanschluss oder der Ausbildungssituation und Jugendarbeit im Landkreis informiert.

Auch über das derzeitige Machtvakuum in Bayern nach dem Meuchelmord der CSU an Edmund Stoiber wurde gesprochen. Es sei zwar erfreulich, dass die CSU nun endlich ihr wahres Gesicht zeige, aber mit Demokratie hat das leider nicht mehr viel zu tun: „Unter dem Banner ‚Entwicklung für den ländlichen Raum‘ tagte die CSU Landtagsfraktion in Wildbad-Kreuth, doch hat sie sich nicht eine Minute um Bayern gekümmert, sondern stattdessen lieber die Posten von Edmund Stoiber unter sich verteilt. Kurz vor dem Sturz des Ministerpräsidenten, wurden Lobeshymnen und Solidaritätsbekundungen ausgesprochen – wenige Stunden später wurde der Ministerpräsident zum Rücktritt gezwungen. Wer soll denn der CSU da noch glauben?“ fragte Sebastian Gruber.

Nach der Diskussionsrunde hielt Sebastian Gruber den Rechenschaftsbericht der Kreisvorstandschafft und konnte seit der Neugründung der Jusos am 31.10.2004 auf zahlreiche Erfolge zurückblicken. Gedacht war damals nicht ein kurzes, heftiges Aufschreien jungsozialistischer Parolen im Landkreis, die nach wenigen Wochen wieder zu verstummen drohten, sondern das Etablieren von festen Juso-Strukturen im Landkreis Dingolfing-Landau, die auch längere Zeit überdauern. Es ist nach wie vor schwierig, eine Juso-Gliederung in ländlichen Gebieten auf Dauer halten zu können. Auf ihrer Neugründungsveranstaltung haben es sich die Jusos zum Ziel gemacht, Strukturen aufzubauen, den Kreisverband fest mit der SPD zu verzahnen aber ihn auch in der Öffentlichkeit bekannter zu machen.

Mit Aktionen wie „Jusos on Tour“, stellten die Jusos sich Anfang 2005 durch sehr viele Infostände, in allen größeren

Orten im Landkreis der Bevölkerung vor und gaben ihre Positionen und Meinungen kund. Bei einer gemeinsamen Veranstaltung in Mamming, zu der politisch engagierte Jugendliche aus dem Landkreis, also beispielsweise Jugendstadträte und Landjugen eingeladen wurden, konnten kommunalpolitische Themen, wie der Forderung nach einem Streetworker, erarbeitet werden. Der Juso Kreisverband hat sich gegen die Staatsforstreform der Staatsregierung gewehrt und zahlreiche Infostände organisiert, bei denen Unterschriften gegen diese Reform gesammelt wurden.

Bei der Unterbezirkskonferenz sprachen sich die jungen SPDler gegen die Erhebung von Büchergeld aus und wehrten sich gegen die „Bildungsräuber“. Jusos aus dem Landkreis haben bei Demonstrationen gegen Studiengebühren im Freistaat teilgenommen, sich aktiv gegen die Rechte Szene gewehrt und an Gegendemonstrationen zur NPD teilgenommen.

„Wenn man sich vor Augen führt, dass die JU deutlich mehr Mitglieder haben dürfte als wir und viel mehr Möglichkeiten und Freiräume besitzt, dann sind wir in jedem Falle besser. Denn außer der ein oder anderen Party oder Fußballturnier hat sie nicht sonderlich viel gemacht in den letzten Jahren. Wenn man sich dann noch erinnert, dass die JU im vergangenen Jahr in den Schlagzeilen war, weil sie Presseartikel über Veranstaltungen verfasst hat, die sie nie abgehalten haben, bleibt zu vermuten, dass ihre Aktivität auch weiterhin nur in den Köpfen der JU Vorstandschaft existiert.“ merkte der Juso Kreisvorsitzende Gruber an.

Die Kreisvorstandschaft will sich inhaltlich und personell für die Wahlen 2008 fit machen, sich ein politisches Profil und Programm erarbeiten. Und bei all den Wahlen, dürfen auch Juso-Themen, wie der Kampf gegen Rechtsextremismus, der Natur- und Umweltschutz und Außenpolitik, usw. nicht zu kurz kommen. Als

Kreisverband wollen die Jusos zum einen die Meinung der Basis nach oben tragen und zum anderen Politik für die Menschen vor Ort machen.

Sebastian Gruber,
Juso-Kreisvorsitzender Dingolfing-Landau

Neuwahlen in Regen | Vorsitzender Michael Adam einstimmig im Amt bestätigt

Am 24. März fand im Regener Gasthaus Germania die diesjährige Unterbezirkskonferenz der Jusos Regen mit Neuwahlen statt. Die Mitglieder des SPD-Jugendverbandes im Landkreis bestätigten dabei den bisherigen Vorsitzenden Michael Adam einstimmig im Amt.



Michael Adam (Mitte) mit seinem Team. Rechts: Juso-Bezirksvorsitzender Florian Seidl.

Zu Beginn der Veranstaltung konnte der 22-jährige Student aus Bodenmais neben zahlreichen Jusos auch einige Ehrengäste begrüßen, darunter SPD-Kreisvorsitzenden Herbert Schreiner, Bezirksrätin Rita Röhl, den Regener SPD-Ortsvorsitzenden Robert Sommer, den stellvertretenden Juso-Landesvorsitzenden Thomas Asböck, Juso-Bezirksvorsitzenden Florian Seidl und die Vorsitzende der SPD-Frauen im Landkreis Regensburg, Gerlinde Rein.

In seinem Grußwort lobte Herbert Schreiner die Arbeit der Jusos: „Ihr habt euch in den letzten zwei Jahren für die Belange junger Menschen im Landkreis stark gemacht und euch dadurch großen Respekt in Partei und Öffentlichkeit verschafft“. Rita Röhl ergänzte, dass man sich vor anderen politischen Jugendorga-

nisationen im Landkreis Regen in Puncto Arbeitsumfang und Organisationsgrad keinesfalls verstecken brauche. Thomas Asböck und Florian Seidl betonten, dass die Landkreis-Jusos nicht etwa „Kofferträger ihrer Mutterpartei“ waren, sondern sich auch kritisch mit der SPD auseinander gesetzt hätten. Gerade in der Großen Koalition „mit all ihren Grausamkeiten“ sei es wichtig, sich innerparteilich für mehr soziale Gerechtigkeit stark zu machen, anstatt die Politik der eigenen Partei einfach nur öffentlich schön zu reden.

Im weiteren Verlauf gab Michael Adam einen umfangreichen Überblick über die Aktivitäten der letzten beiden Jahre. Im Rahmen diverser Sitzungen habe sich die Juso-Vorstandschafft mit jeweils aktuellen bundes-, landes-, aber auch kommunalpolitischen Themen auseinander gesetzt. „Schwerpunkte dieser Arbeit waren beispielsweise der Kampf gegen Studiengebühren und Büchergeld, die prekäre Ausbildungsplatzsituation im Landkreis Regen, sowie das Versagen der CSU im Zusammenhang mit der Berufsschule Regen“, erläuterte der Vorsitzende. Auch die thematischen Anträge der Landkreis-Jusos waren bei den vergangenen Juso-Bezirks- und Landeskonferenzen äußerst erfolgreich. Zudem sei der Kampf gegen den Rechtsextremismus ein Hauptanliegen der Jusos gewesen, weshalb man sich an diversen Anti-Nazi-Kundgebungen beteiligte. Zufrieden zeigte sich Adam auch mit der positiven Mitgliederentwicklung. So konnten beispielsweise bei der Juso-Unterbezirkskonferenz drei neue Mitglieder begrüßt werden.

Mit Blick auf die kommenden zwei Jahre, insbesondere auf das Superwahljahr 2008 mit Kommunal- und Landtagswahl, schwor Michael Adam seine Parteifreunde auf einen harten aber fairen Wahlkampf ein: „Der Putz an der CSU-Fassade bröckelt derzeit ganz gewaltig - nicht nur auf Landesebene. Wir müssen nun ge-

meinsam am Machtwechsel arbeiten!“ Nach Auffassung des Bodenmaisers gaukeln viele lokale CSU-Mandatsträger den Menschen seit Jahren blühende Landschaften vor, um darüber hinwegzutäuschen, dass sie in Berlin und München kaum etwas für ihre Heimat erreicht haben. Für die SPD sei es in Zukunft sehr wichtig, nicht einfach nur den politischen Gegner anzugreifen, sondern selbst belastbare politische Konzepte anzubieten. Außerdem müssten vor allem die Lokalparlamente konsequent verjüngt werden.

Bei der anschließenden Neuwahl wurde das neue zehnköpfige Führungsgremium der Landkreis-Jusos festgelegt: Dem wiedergewählten Vorsitzenden Michael Adam stehen künftig Steffi Koller aus Bodenmais und Miriam Schade aus Regen als Stellvertreterinnen zur Seite. Severin Adam (Bodenmais) und Jan Limböck (Langdorf) fungieren als Schriftführer, Thomas Kaehler (Regen) übernimmt die Aufgabe des Geschäftsführers. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden schließlich Arno Grimm (Langdorf), Sandra Schiller (Langdorf), Roland Schütz (Viechtach) und Robert Trum (Arnbruck) gewählt. Delegierte zur Juso-Bezirkskonferenz sind Steffi Koller, Miriam Schade und Sandra Schiller, Ersatzdelegierte sind Thomas Kaehler, Roland Schütz und Robert Trum.

*Michael Adam,
Juso-Unterbezirksvorsitzender Regen*

**Julia Niemann neue Juso-
Chefin in Deggendorf | Katja
Ertl bleibt Kreisvorsitzende**

Bei der Jahreshauptversammlung der Juso-Arbeitsgemeinschaft und des Juso-Kreisverbands Deggendorf am 31. März wurde der bisherige Ortsvorsitzende Martin Oswald von seiner Genossin Julia Niemann abgelöst. Katja Ertl wurde als Kreisvorsitzende in ihrem Amt bestätigt.

Aufgrund persönlicher Veränderungen wie Umzug und Studium trat Martin Oswald (22), der zwei Jahre lang die Aufgaben des Ortsvorsitzenden übernahm, nicht mehr zur Wahl an: „Es ist Zeit für einen Generationenwechsel. Natürlich werde ich den Jusos nicht den Rücken kehren, sondern auch weiterhin im Vorstand mitwirken.“. Julia Niemann (19) aus Deggendorf will sich im nächsten Jahr vor allem in Sachen Mitgliederwerbung engagieren: „Mir macht die Arbeit bei den Jusos einfach total Spaß.“



Der neugewählte Deggendorfer Juso-Vorstand mit stellv. Landesvorsitzenden Thomas Asböck (2. v. r.)

Als weitere Vorstandsmitglieder wählte die Versammlung Johanna Ertl, Jan Kucepek, Oliver Herceg, Alexandra Hubrig, Manuel Dull, Nicole Artmeier, Peter Raster, Martin Oswald, Antonia Biller und Seidl Florian. Als Gast konnten die Jusos den stellvertretenden Juso-Landesvorsitzenden Thomas Asböck aus dem Rottal begrüßen. Er gewährte uns einige interessante Einblicke in die Arbeit des Juso-Landesvorstands und machte auf die geplanten Seminare in den nächsten Monaten aufmerksam. Vor allem die „Marx-Seminare“ über die politische und ökonomische Theorie Karl Marx´ sind sehr informativ. Asböck lobte des Weiteren die große Bandbreite an politischem Wissen der Deggendorfer Jusos: „Ihr seid besonders fit in den Themen politische Ökonomie, Umwelt und Bildung. Darauf könnt ihr wirklich stolz sein.“

In ihrem Rechenschaftsbericht blickte die Kreisvorsitzende Katja Ertl auf ein Jahr mit vielen Höhen und Tiefen zurück. Neben dem Oberbürgermeisterwahlkampf

für den SPD-Kandidaten Thomas Trautwein und der Politikcheck-Aktion der SPD-Bundestagsfraktion in Zusammenarbeit mit MdB Bruni Irber lag es den Jusos vor allem daran sich persönlich weiterzubilden. Sie organisierten ein Arbeitswochenende zum Thema „Der Nahe Osten“, ein Tagesseminar unter dem Motto „Vergleich europäischer Schulsysteme“ und eine umweltpolitische Fahrt zum Atomkraftwerk Ohu. Außerdem nahmen die Jusos an vielen bildungspolitischen Reisen, Kundgebungen und Demonstrationen teil. Ihr Hauptaugenmerk galt dabei vor allem dem Kampf gegen Rechtsextremismus und einer besseren, gerechten Bildung.

Über ihr zukünftiges Vorgehen als Tochterpartei der SPD in Anbetracht der Lage innerhalb der großen Koalition sind sich die Jusos und die Kreisvorsitzende Katja Ertl einig: „Wir kämpfen weiterhin für unsere Ziele und lassen uns auf keine Kompromisse ein. In erster Linie wollen wir uns persönlich weiterbilden, Erfahrungen austauschen, miteinander diskutieren und Aktionen planen, die uns wirklich am Herzen liegen und uns unter die Haut gehen.“

Für das nächste Jahr planen die Jusos ein Treffen mit den Jungen Freien Wählern zum gemeinsamen Erfahrungs- und Meinungsaustausch sowie ein kulturell-politisches Gassenfest, bei dem sich alle Organisationen im Raum Deggendorf von Bund Naturschutz bis zu Amnesty International versammeln und mit Infoständen vorstellen können.

**Katja Ertl,
Juso-Kreisvorsitzende Deggendorf**

Thomas Asböck sprach bei Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins in Simbach

Zur Mitgliederversammlung lud der SPD-Ortsverein am Sonntag ins Gasthaus Apfelböck ein. Der stellvertretende Lan-

desvorsitzende der Jusos in Bayern, Thomas Asböck, referierte dabei zu den Themen Rechtsradikalismus, Bildung und Erziehung. Werner Gührer und Tobias Ettengruber wurden als Delegierte zur Kreiskonferenz für die Aufstellung der Kreistagsliste 2008 gewählt, Ulrich Grad zum Ersatzdelegierten. Als Delegierte zur Stimmkreiskonferenz für die die Landtags- und Bezirkstagswahl 2008 wurden Adelinde Grad und Josef Eder, als Ersatzdelegierter Hans Frisch gewählt.



Thomas Asböck (Mitte) referierte über Bildung und Rechtsextremismus.

Nach der Begrüßung legte Ortsvorsitzender Manfred Baier seine Sorgen bezüglich dem Fortbestand der Hauptschule Simbach dar. Die Situation sei sehr problematisch, da einige Klassen "auf der Kippe" stehen. Es gelte, im Ausgleich mit anderen Hauptschulen Wege zu finden. Die sechsstufigen Realschulen machte Baier für den Aderlass an den Hauptschulen verantwortlich.

Thomas Asböck, stellvertretender Landesvorsitzender der Jusos in Bayern, nahm den Faden auf und äußerte sich zur Bildungspolitik. Internationale Vergleichsstudien haben ergeben, dass es in Deutschland noch großen Nachholbedarf in Sachen moderner schulischer Bildung gebe. PISA habe auch gezeigt, dass es gerade in Bayern nicht nur auf Talent und Lernbegabtheit der Schüler ankommt, sondern auch auf den sozialen Status der Eltern. Bemerkenswert seien die regionalen Unterschiede: In Oberbayern gibt es 32,5 Prozent Absolventen mit Hochschulreife, in Niederbayern nur 25,5 Prozent. Die Bayerische Staatsregierung

habe es nicht geschafft, Standesunterschiede abzubauen und für alle Schüler dieselben Voraussetzungen zu schaffen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, bemängelte der Referent. Im Gegenteil, mit der Einführung von Büchergeld und Studiengebühren habe die CSU einen kolossalen Bock geschossen und damit die soziale Auslese im bayerischen Bildungssystem extrem verschärft.

Vor einigen Jahren habe in Bayern das Hauptschulsterben eingesetzt. Neben dem Geburtenrückgang machte der Referent die Einführung der sechsstufigen Realschule dafür mitverantwortlich. Hauptschulen verkommen immer mehr zu "Restschulen". Völlig konzeptlos versuche die CSU nun, eine Hauptschulreform zusammenzuschneiden. Diese werde, weil die CSU die Hauptschulen mit eigenen Fachrichtungen ähnlich der Realschule spezialisieren will, zu einem aberwitzigen Schülerpendelverkehr innerhalb eines Landkreises führen, prophezeite Asböck.

"Wenn wir die wohnortnahe Schule auf Dauer halten wollen, müssen wir zu neuen bildungspolitischen Lösungen kommen", machte der Referent deutlich. Die SPD favorisiere darum die Einführung einer "Regionalschule". Diese neue, ergänzende Schule solle von der ersten bis zur zehnten Klasse reichen und im Wesentlichen die bisherige Hauptschule ersetzen. Daneben solle es weiterhin die Zweigliedrigkeit mit Grundschule und R6 bzw. G8 geben. Die Regionalschule biete zwei Abschlüsse an: einen dem Realschulabschluss gleichen Regelabschluss und als einfachen Schulabschluss die qualifizierte Berufsreife.

Ein zweites Thema des Referenten war der Rechtsextremismus. Die Aktivitäten rechtsextremer Parteien und Organisationen nehmen flächendeckend in ganz Deutschland zu, stellte er besorgt fest. "Auch wir in Bayern und in der Region hier bleiben nicht davon verschont". Das

extrem rechte Milieu sei ziemlich breit gefächert in freie Kameradschaften und Netzwerke, rechtsgerichtete Burschenschaften an Hochschulstandorten und - die wichtigste Gruppierung - politische Parteien wie REP, DVU und NPD. Die größte und gefährlichste der drei rechtsextremen Parteien sei seiner Meinung nach die NPD, die über eine flächendeckende Organisationsstruktur mit 16 Landesverbänden verfügt und z.B. in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern auch im Landtag sitzt. Als Parlamentspartei erhalte die NPD auch Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung, was ihr Jahr 2005 immerhin 1,3 Millionen Euro einbrachte.

Kurz äußerte sich Referent Asböck zum inhaltlichen Profil der Partei, die nach Ansicht des bayerischen Innenministeriums "nationalistisch, selbsterklärt, verfassungsfeindlich und rassistisch" ausgerichtet ist. Ob bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus Verbote hilfreich seien, sei eine bei den Jusos sehr umstrittene Frage. Letztlich aber werde ein Verbot abgelehnt, weil es das Problem nicht löst. "Wer Faschisten mit Verboten bekämpfen will, hat wenig Vertrauen in die Demokratie." Eine rechte Gesinnung könne man nicht verbieten. "Demokratie muss die Stärke besitzen, die rechten Systemveränderer auch mit den Waffen der Demokratie zu schlagen", resümierte Thomas Asböck.

(Quelle: Landauer Zeitung / Landauer Neue Presse, 22.03.2007)

Jusos beziehen Position gegen Rechts

Kaum hatten sich MdL Gudrun Peters (SPD), Juso-Landesvorsitzender Thomas Goger, Bezirksvorsitzender Florian Seidl und Bernhard Roos, der Bevollmächtigte der IG Metall in Passau, dankbar und freudig über die „Vertreibung“ der NPD durch die Jusos aus dem Schauflinger Gasthaus List geäußert, „verirrte“ sich doch noch eine Handvoll Rechter in die

Versammlung. Zwar nur als fünfköpfiges Häuflein, aber teilweise lautstärker als die rund 50 Sozialdemokraten, zu denen auch SPD-Kreisrat Ambros Pronold, Altbürgermeister Richard Anzenberger und Thomas Asböck, Juso-Chef aus dem Rottal, gehörten.



Juso-Landesvorsitzender Thomas Goger war Hauptredner beim Politischen Aschermittwoch der Jusos Niederbayern.

Als antisemitisch, rassistisch, ausländer- und verfassungsfeindlich sowie geschichtsrevisionistisch hatte Florian Seidl die NPD eingangs gegeißelt und vor vermehrten Aktionen gewarnt. „Wir dürfen nicht tatenlos zusehen.“ Dass gerade die Jugend den Widerstand trage, sei nicht hoch genug anzurechnen, lobte Roos, der allerdings selbstkritisch darauf aufmerksam machte, dass sich generell mehr Organisierte präsent zeigen sollten. Außerdem schließe der Staat das falsche Auge, wenn Aktionen der Rechten als Meinungsfreiheit geduldet würden.

Warum rechtes Gedankengut nach wie vor auf fruchtbaren Boden falle, erkläre das Buch „Geschichte in uns“ von Jürgen Müller-Hohagen, auf das Sylvia Kohlmann verwies, die Vizevorsitzende der AG 60 plus aus Rottal-Inn. Sie stellte zudem zur Diskussion, wie Solidarität - eine der SPD-Grundfesten neben sozialer Gerechtigkeit und Freiheit - zu definieren sei.

Statt knackiger Argumente blieb es jedoch eher beim allgemeinen Hieb für die Koalitionspartei. „Obwohl die Regierungsbeteiligung ein Wert an sich ist“, wie Landeschef Goger einräumte, „weil

wir Politik mitgestalten können und einige soziale Errungenschaften gerettet haben.“ Künftig wolle man Ursula von der Leyens Frauen- und Familienpolitik unterstützen, die sich diese aber von Renate Schmidt „ausgeliehen“ habe, wie Gudrun Peters erinnerte. Großes Ziel sei es laut Goger, bei allen bevorstehenden Wahlen „die CSU deutlich unter die 50-Prozent-Marke zu drücken“, um die „CSU-Schadensliste“ durch den eigenen Wertekanon zu ersetzen.

Natürlich nahm Goger auch Bezug auf den „Wanderzirkus Staatsregierung“ und die laufende Auseinandersetzung um den Parteivorsitz. Weder Beckstein als „Herr der Schlaglöcher“ noch „Aspirant Huber“ oder „Sozialapostel Seehofer“ würden Arbeitnehmerrechte und soziale Gerechtigkeit wahren. Zudem sei der moralisch degenerierte Umgang in der Politik, den die CDU/CSU praktiziere, demokratiefeindlich und sei Wasser auf die Mühlen der Rechten.

Diesem Lager sind auch die fünf Männer zuzuordnen, die gegen Ende die Versammlung stören wollten. Mit einer Fahne der kaiserlichen Kriegsmarine marschierten sie in den Saal. Nach einigen Wortgefechten weigerten sie sich, das Lokal zu verlassen und setzten sich an einen Tisch. Erst als ein Dutzend Polizisten anrückten, gingen sie in den Hof. Dort stellten die Beamten die Personalien der fünf Männer aus der Umgebung fest. Die Alkoholkontrolle ergab Werte von bis zu über zwei Promille. Platzverbot erteilte die Polizei den fünf Männern, alle in dunkler Hose und blauem Hemd mit Aufdruck der Bürgeraktion „Recht und Ordnung“ (BRO). Sie erwartet eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Eventuell wird gegen sie auch wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsrecht vorgegangen.

(Quelle: Deggendorfer Zeitung, 22.02.2007)

8 Juso-Neumitglieder erhalten Parteibuch von Kurt Beck



Einen ansehnlichen Mitgliederzuwachs hatten die niederbayerischen Jusos seit Jahresbeginn zu verzeichnen. Dementsprechend konnten beim politischen Aschermittwoch in Vilshofen SPD-Chef Beck, Landesschef Stiegler und Fraktionschef Maget 8 neuen Jusos ihr SPD-Parteibuch überreichen. Im Einzelnen waren dies:

- Oliver Herceg, Deggendorf
- Robert Hirsch, Dingolfing-Landau
- Tim Schreiter, Rottal-Inn
- Matthias Weber, Rottal-Inn
- Frank Weber, Rottal-Inn
- Johannes Jocham, Rottal-Inn
- Katharina Eisenhut, Straubing-Bogen
- Michael Janker, Straubing-Bogen

Jusos Niederbayern: „Ostbayern braucht jetzt politische Richtungsentscheidungen statt CSU-Personalquerelen“

Zu den Personal-Querelen innerhalb der CSU erklärt der stellvertretende Juso-Bezirksvorsitzende Michael Adam:

"Die CSU ist weiterhin tief zerstritten und gibt sich derzeit fast ausschließlich Personalquerelen hin, während drängende Probleme – vor allem des ostbayerischen Raumes - vernachlässigt werden.



Was bis zum endgültigen Rückzug Edmund Stoibers im September auf uns zukommt, ist mehrmonatiger politischer Stillstand mit anhaltenden Machtkämpfen in der CSU. In dieser Situation ist die CSU nicht fähig, ihrer Regierungsverantwortung gerecht zu werden. Huber, Seehofer und Co. müssen sich deshalb ernsthaft fragen lassen, ob es ihnen wirklich um Bayern oder nur um ihr persönliches Fortkommen geht.

Konkreten politischen Handlungsbedarf sehen wir Jusos vor allem in der strukturellen Förderung Ostbayerns: In den Medien ist das Gerede der CSU-Mandatsträger von der Aufsteigerregion Niederbayern zwar allgegenwärtig, doch sieht die Realität ganz anders aus. Ein immer weiter wachsendes regionales Wohlstandsgefälle in Bayern, eine rückläufige Investitionsquote, eine unzureichende Verkehrsinfrastruktur in weiten Teilen Niederbayerns, sowie die verunglückten Verwaltungs-, Forst- und Polizeireformen sind Beispiele für eine falsche Struktur- und Wirtschaftspolitik. Was Ostbayern jetzt braucht, sind neue politische Richtungsentscheidungen statt CSU-Personalquerelen und Selbstbeweihräucherungen einiger Abgeordneter."

Michael Adam,
stellv. Juso-Bezirksvorsitzender

Regierung untersagt Schulverteilung des JU-Lehrstellenspiegels

Rechtzeitig zum Zwischenzeugnis wollten die Verantwortlichen der Jungen Union (JU) ihren frisch gedruckten Lehrstellenspiegel in den Schulen verteilen. Jetzt hat ihnen die Regierung wegen zu viel Par-

teien- und Fremdwerbung einen Strich durch die Rechnung gemacht. 101 freie Ausbildungsplätze im Landkreis Deggendorf führt die Broschüre auf, dazu eine Liste mit Firmen, die Plätze für Praktika oder Ferienjobber anbieten.

Insgesamt haben Mitglieder der JU-Kreisverbände Deggendorf, Passau-Land und Passau-Stadt, Rottal-Inn und Freyung-Grafenau in ihrem Gemeinschaftsprojekt über 600 freie Lehrstellen aufgetan. Geplant war, die Listen wie in den Jahren zuvor an die Abschlussklassen vor allem von Haupt- und Realschulen zu verteilen.

Dem wurde jetzt ein Riegel vorgeschoben: Schulamtsdirektor Wilhelm Lindinger leitete mit der Bitte um Beachtung eine E-Mail der Regierung an die Haupt- und Volksschulen, wonach der Lehrstellenspiegel dem in der Volksschulordnung formulierten „Verteilungsverbot“ unterliege.



Pressesprecher Alfons Völk von der Regierung verweist auf Nachfrage der DZ auf die sowohl politische als auch kommerzielle Werbung: Die Broschüre ist zum Teil über Anzeigen finanziert, auf der Titelseite prangt das JU-Logo. Im Prinzip sei ein Lehrstellenspiegel zwar eine gute Idee, habe aber in dieser Form an der Schule nichts verloren. Die JU müsse sich wohl andere Vertriebskanäle suchen.

„Uns geht es doch nicht um Kommerz oder Parteienwerbung, sondern um die gute Sache“, ärgerte sich gestern JU-Kreisvorsitzender Christian Moser, die letzten drei Jahre habe man in dieser

Sache keinerlei Probleme gehabt. Gerade die Hauptschüler habe man mit der Aktion unterstützen wollen. Er hat bereits von Schulen gehört, an denen wegen den Vetos aus Landshut die Schüler vor die Schultür gebeten wurden, um ihnen dort Exemplare zu übergeben.

Als möglichen Urheber der Probleme sieht er die politische Konkurrenz: So wettern derzeit die **Rottaler Jusos** im Internet gegen diese „Parteiwerbung vom Feinsten“; sie hätten dem zuständigen Schulamtsdirektor schon mitgeteilt, „dass wir als SPD das nicht in Ordnung finden und für die Zukunft auch nicht mehr zulassen werden.“

(Quelle: Deggendorfer Zeitung, 16.02.07)

Lehrstellenspiegel ist vor allem JU-Selbstdarstellung

In einer Pressemitteilung an die Deggendorfer Zeitung äußert sich Juso-Kreisvorsitzender Thomas Asböck zur Entscheidung der Regierung von Niederbayern und zu den Äußerungen des JU-Bezirksvorsitzenden in der DZ:



Ich habe kein Verständnis für die bockigen Reaktionen des niederbayerischen JU-Vorstandes auf die Entscheidung der Regierung von Niederbayern. Es ist höchste Zeit geworden, dass die Regierung diese "Freunderl-Wirtschaft" zwischen großteils schwarzen Schulleitern, schwarzen Schulamtsdirektoren und CSU-Sprösslingen beendet. Bayern ist keine Bananenrepublik und die entsprechenden Gesetze, die parteipolitische oder kommerzielle Werbung an Schulen verbieten,

gelten auch für die absolutistische bayerische Staatspartei.

Ich betone noch einmal, dass wir als Juso-Kreisverband Rottal-Inn bei der Regierung nicht selbst tätig geworden sind, dass ich aber sehr wohl im letzten Jahr dem Rottaler Schulamtsdirektor mitgeteilt habe, dass wir diese Schulverteilung künftig nicht mehr hinnehmen werden.

Die Seitenhiebe des JU-Bezirksvorsitzenden MdB Andreas Scheuer auf MitarbeiterInnen der Regierung von Niederbayern ("Leute in ihren warmen Amtsstuben") sind politisch geschmacklos! Denn niemand verbietet der JU ihren Lehrstellenspiegel. Die JU kann ihn bspw. auf der Homepage zum Download anbieten, die JU-Mitglieder können - wenn sie schon viel ehrenamtliches Engagement in seine Erstellung gesteckt haben - den Lehrstellenspiegel mit einem ebenso großen Engagement auf der Straße verteilen oder in Geschäften auslegen. Der Möglichkeiten gibt es viele. Aber an den Schulen hat das Ding nichts verloren. Ich bin froh, dass die Regierung dies genauso sieht, wie wir Jusos.

Einen so wahnsinnig großen Nutzen, wie die JU tut, bringt der Lehrstellenspiegel für die Ausbildungssuchenden ohnehin nicht. Er ist lediglich ein Instrument zur Selbstdarstellung der Jungen Union. Im Lehrstellenspiegel 2006 waren teilweise größere Lücken und die aufgeführten Ausbildungsstellen sind auf halb Niederbayern verstreut. Außerdem sähen wir es lieber, wenn die Betriebe ihre offenen Lehrstellen nicht unter der Hand der Jungen Union zuschieben würden, sondern der Agentur für Arbeit meldeten, weil die Agentur diese dringend benötigt und im Gegensatz zur JU auch in der Lage ist, den BewerberInnen eine qualifizierte Berufsberatung zu bieten.

Ich meine, dieses - eigentlich selbstverständliche Schulverteilungsverbot - ist für die JU nun wirklich kein Grund, ge-

kränkte Eitelkeiten zu pflegen. Die JU sollte sich in ihrer Mutterpartei lieber dafür einsetzen, dass die Politik die Rahmenbedingungen so setzt, dass die Unternehmen wieder stärker ausbilden und vor allem neue, zusätzliche Lehrstellen anbieten. Das würde die Stellensuche nämlich für alle Jugendlichen erheblich erleichtern, nicht nur für diejenigen, die in den "Genuss" einen JU-Lehrstellenspiegels kommen."

Thomas Asböck,
stellv. Juso-Bezirksvorsitzender

Studiengebühren sind unsozial!

zu dem Artikel „Durch den Zivildienst ist mir ein Nachteil entstanden“ vom 27.02.07 im Rottaler Wochenblatt erklärt die stellv. Rottaler Juso-Kreisvorsitzende Sebnem Isil Keskin:



"Als bayerische Jusos waren wir von Anfang an gegen eine Einführung von Studiengebühren an öffentlichen Hochschulen und kämpften gemeinsam mit der Bayern-SPD für eine bessere und gerechtere Bildungspolitik. Vor den sozialen Folgen der CSU-Flickschusterei haben wir immer gewarnt - Christoph Harlander aus Wurmannsquick wird nun dafür "belohnt", dass er seinen Zivildienst für die gesamte Gesellschaft abgeleistet hat, indem er nun für 2 "verlorene" Semester 1000 Euro hinblättern darf. Wir nennen sowas einfach "krank". Viele Studierende werden durch Studiengebühren noch unliebsame Überraschungen erleben.

Mehr als traurig ist es, wenn die CSU-Landtagsabgeordnete Reserl Sem, die mit Ihrem Mandat als Sprachrohr für die BürgerInnen des Landkreises Rottal-Inn agiert sollte, der Familie Harlander nicht

mehr als Ratschläge erteilt, als sich bitte schön an den Bund zu wenden. So fragen wir die "Heimatabgeordnete" Sem, ob sie sich nicht dessen bewusst ist, dass die CSU-Fraktion im bayerischen Landtag gegen die Stimmen der Opposition aus SPD und Grünen das Gesetz zur Hochschulreform, welches auch die Einführung von Studiengebühren beinhaltet, verabschiedet hat? Und sie als Landtagsabgeordnete, als die sich heute hinstellt und erklärt: Ja, mei, dann könne man leider nichts machen - hat sie nicht auch im Landtag für Studiengebühren gestimmt und hat sie ein einziges Mal in einem Redebeitrag im Parlament auf unsoziale Folgen hingewiesen? - Nein, das Gesetz wurde kritiklos durchgewunken. Das ist Frau Sems Interessensvertretung für die Rottaler Bürgerinnen und Bürger in München!

Laut dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber erhielten die Studierenden einen Mehrwert durch verbesserte Studienbedingungen, die sie erfolgreicher und schneller studieren ließen. Wenn der bayerische Ministerpräsident wieder mehr Zeit in die eigentliche (bayerische) Politik investieren würde, dann müsste er sich dessen bewusst sein, dass Studiengebühren auf Grund gescheiterter Hochschulpakete und gebrochener Finanzausgaben der Landesregierung eingeführt wurden, um schlichtweg die Haushaltslöcher zu stopfen. Die CSU arbeitet mit Taschenspielertricks, wenn sie behauptet, die Mittel aus den Studienbeiträgen kämen den Hochschulen zugute. Das ist rein formal zwar richtig,, es bleibt aber ein Nullsummenspiel, da die Staatsregierung in den Jahren vorher schon die Hochschuletats radikal gekürzt hat. Deswegen wird Christoph Harlander den neuen Chemiesaal an der Uni Regensburg wohl selber nicht mehr erleben. Beim Papstbesuch 2006 wurden notdürftig die Teilflächen an der Uni renoviert, derer er ansichtig wurde. Da bleibt ja fast schon zu hoffen, dass der Papst bald wieder nach Regensburg kommt und dann den

Wunsch äußert, die gesamte Uni besichtigen zu wollen!

Die Einführung und Erhebung von Studiengebühren widerspricht dem humboldtschen Bildungsideal nach dem Bildung Selbstzweck ist und damit kein Kostenfaktor, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Hochschulsystem nützt letztlich allen, also sollte es auch von der Allgemeinheit durch Steuern finanziert werden. Der Einsatz der Studierenden für die Volkswirtschaft darf nicht bestraft werden, denn die Wirtschaft profitiert in hohem Maße von gut ausgebildeten Akademikern. Das amerikanische Beispiel zeigt, dass vor allem die Banken von der Erhebung von Studiengebühren profitieren. Sie verdienen für jeden geliehenen Dollar – durch „marktkonforme Zinsen“ – einen weiteren dazu. Die Verlierer sind zweifelsfrei die StudentInnen, die ihr Studium auf Grund der nicht mehr tragbaren Kosten abbrechen, oder die das Studium hochverschuldet beenden."

Sebnem Isil Keskin,
stellv. Juso-Kreisvorsitzende Rottal-Inn

DAS LETZTE!

So haben unsere niederbayerischen SPD-Abgeordneten bei einer Reihe von zentralen Abstimmungen im Bundestag votiert:

Florian Pronold,
Landesgruppenvorsitzender:



| | |
|---|-------------|
| 9. März 2007 Afghanistan-Einsatz | NEIN |
| 9. März 2007 Rente mit 67 | JA |
| 2. Februar 2007 Gesundheitsreform (Antrag: Die LINKE) | NEIN |

| | |
|--------------------------------------|------------------------|
| 2. Februar 2007 Gesundheitsreform | JA |
| 30. November 2006 Bosnien-Einsatz | NICHT ABGEGEBEN |

Bruni Irber,
SPD-Bezirksvorsitzende



| | |
|---|-------------|
| 9. März 2007 Afghanistan-Einsatz | JA |
| 9. März 2007 Rente mit 67 | JA |
| 2. Februar 2007 Gesundheitsreform (Antrag: Die LINKE) | NEIN |
| 2. Februar 2007 Gesundheitsreform | JA |
| 30. November 2006 Bosnien-Einsatz | JA |

Jella Teuchner,
Mitglied im Gesundheitsausschuss



| | |
|---|------------------------|
| 9. März 2007 Afghanistan-Einsatz | NICHT ABGEGEBEN |
| 9. März 2007 Rente mit 67 | NICHT ABGEGEBEN |
| 2. Februar 2007 Gesundheitsreform (Antrag: Die LINKE) | NEIN |
| 2. Februar 2007 Gesundheitsreform | NEIN |
| 30. November 2006 Bosnien-Einsatz | JA |

IMPRESSUM

Jusos in der SPD, Bezirk Niederbayern

Obermaierstraße 4, 94315 Straubing

Internet: <http://www.jusos-niederbayern.de>

Email: mail@jusos-niederbayern.de

v.i.S.d.P.: Florian Seidl, Liesl-Kießling-Str. 20, 90763 Fürth

Redaktion: Thomas Asböck